

# Landkreis Ravensburg

den 15. Mrz. 2017

## Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am 08.12.2016 im Landratsamt Ravensburg, Kreishaus I, Friedenstr. 6, Ravensburg,  
Sitzungssaal 6. OG

Dauer 14:30 Uhr bis 17:10 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 22 Mitglieder

### Anwesend:

#### stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

#### CDU

Herr Josef Forderer,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Daniel Steiner,

Herr Josef Wurm,

in Vertretung von KR Stütze

#### FWV

Herr Roland Schmidinger,

Herr Oliver Spieß,

#### Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Liv Pfluger,

#### SPD

Frau Gisela Müller,

#### ÖDP

Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

«sitext» vom «sidat»

Vertreter der Jugendverbände

Herr Martin Diez,  
Herr Joachim Sautter,

Vertreter der Verbände der Freien Wohlfahrt

Herr Ewald Kohler,  
Herr Gerhard Krayss,

Beratende Mitglieder

Herr Ralf Brennecke,  
Frau Simone Daasch,  
Frau Magdalena Eder-Quintana,  
Frau Simone Meiners,  
Herr Michael Schrimpf,

in Vertretung von Herrn Dr. Föll

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Konrad Gutemann,  
Herr Thomas Waggerhauser,

Co-Dezernent Arbeit und Soziales - Jugend  
Jugendamt

Gäste

Frau Andrea Theobold,

Jugendberufshilfe Wangen, zu TOP 5

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

wird von Frau Meschenmoser vertreten

CDU

Herr Robert Stützle,

wird von KR Wurm vertreten

Vertreter der Jugendverbände

Frau Evelyn Rau,

Vertreter der Verbände der Freien Wohlfahrt

Herr Friedemann Manz, Diakonisches Werk

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Föll,  
Herr Matthias Grewe,  
Frau Heike Krause,

wird von Frau Meiners vertreten

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

### **Mitteilungsvorlagen**

3. 0214/2016  
Weiterentwicklung des Kinder und Jugendhilferechts - Reform Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)
4. 0215/2016  
Aktuelle Situation unbegleiteter minderjähriger Ausländer im Landkreis Ravensburg
5. 0216/2016  
Jugendberufshilfe - Projekt "Wege in die Ausbildung (WegA)" - Sachstandsbericht
6. 0218/2016  
Zukunftsplan Jugendarbeit im Landkreis Ravensburg - Sachstandsbericht
7. Mitteilungen und Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

#### **Angelegenheiten des Jugendamtes**

8. 0138/2016  
Haushalt Jugendamt 2017
9. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurden am 25.11.2016 zu dieser Sitzung eingeladen.

Frau Meschenmoser begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt Herrn Landrat Sievers. Sie übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Änderung der Tagesordnung**

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

**Beratungsergebnis:** keine Änderung

### **2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der Sitzung am 12.10.2016 gibt es keine Änderungswünsche.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## **Mitteilungsvorlagen**

### **3 0214/2016**

- Weiterentwicklung des Kinder und Jugendhilferechts - Reform Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)**

Auf Nachfragen von Frau Eder-Quintana und KRin Müller kommentiert Herr Gutemann die Gesetzes-Reform. In der vorgestellten Fassung sei es nicht umsetzbar und bedürfe weiterer Regelungen zur Auflösung der Widersprüche. Es bestehe Einigkeit über das Ziel „inklusive Lösung“, der Weg dorthin sei jedoch noch sehr strittig.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

4 0215/2016

**Aktuelle Situation unbegleiteter minderjähriger Ausländer im Landkreis Ravensburg**

Auf Nachfrage von KRin Pfluger berichtet Herr Gutemann über die Schwerpunkte bei den Abstimmungstreffen mit den Trägern der Jugendhilfe. Anfangs seien die Themen alltagsorientiert gewesen. Mittlerweile stünden die Wohnungsprobleme der über 18-Jährigen im Vordergrund.

Die stv. Vorsitzende und KRin Pfluger tauschen sich über die Wohnsitzauflage aus.

Es folgen Wortmeldungen der KRe Spieß, G. Müller und von Herrn Diez zu den Themen Pass-/Ausweisdokumente, mögliche Engpässe bei Pflegefamilien oder Betreuungsplätzen sowie weitergehende fachliche pädagogische Begleitung von volljährig gewordenen UMA.

Herr Gutemann führt aus, dass 95 % der jungen Flüchtlinge keine Papiere mit sich führen. Nach einer Altersfeststellung (Befragung und polizeiliches erkennungsdienstliches Verfahren) sei es im Einzelfall manchmal sehr schwierig, die Grundlagen für entsprechende Ausweis- oder Duldungspapiere zu schaffen. Er beschreibt das Verfahren zur Prüfung von Pflegefamilien und die Probleme der jungen Flüchtlinge mit der hiesigen, vorher nicht gekannten, Optionskultur. Für die 18 bis 21-Jährigen gebe es leider kein einheitliches Konzept. Man werde sich – in enger Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und dem Amt für Migration und Integration – am individuellen Bedarf orientieren.

KR Schmidinger greift die Unterbringung von jungen Flüchtlingen in Bad Waldsee auf. Die Information, dass von den 12 dort wohnenden UMAs insgesamt 11 ohne Papiere eingereist seien, werde vor Ort sicher für Unruhe sorgen.

Herr Kohler erkundigt sich nach den Kriterien für eine Verlängerung der Betreuung in Pflegefamilien, um den Integrationsprozess zu einem guten Abschluss zu bringen.

Herr Gutemann lässt wissen, dass eine Verlängerung möglich ist, wenn ein Anpassungsbedarf besteht, zum Beispiel in sprachlicher oder erzieherischer Hinsicht, oder während einer (Trauma-)therapeutischen Behandlung.

KRin Pfluger wünscht weitere Informationen zu diesen Behandlungen.

Herr Gutemann teilt mit, dass sich Traumata oft erst zu einem späteren Zeitpunkt entwickeln. Über das Zentrum für Psychiatrie werde dann die entsprechende Hilfe eingeleitet. Bis jetzt befänden sich sehr wenige junge Menschen in derartigen Therapien.

Die stv. Vorsitzende verweist auf die unbefriedigende Situation, dass die volljährigen UMAs nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht in den – zum Teil leerstehenden – Flüchtlings-Unterkünften untergebracht werden dürfen. Die Verwaltung sei aber im Gespräch mit den verantwortlichen Stellen und werde, auch in Absprache mit den Gemeinden, eine pragmatische Lösung suchen. Eine Traumatherapie könne ihrer Einschätzung nach erst nach geraumer Zeit greifen. Der Zeitpunkt der Aufarbeitung müsse passen und ausreichend Sprachkenntnisse sollten vorhanden sein. In erster Linie müsse den Flüchtlingen Sicherheit geboten werden.

KRin Pfluger sucht nach einer „Zwischenebene“, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Außer den Pflegeeltern und Trauma-Therapeuten müsse es doch noch andere geeignete Gesprächspartner geben.

Herr Gutemann informiert über die Planung, die Gasteltern fachlich zu begleiten und weitere Gesprächsebenen einzubauen.

KR Wurm erwähnt die teils kritische Situation der in Gemeinschaftsunterkünften unterbrachten UMAs und schildert einen Problemfall in Baienfurt.

Herr Gutemann unterscheidet zwischen alleine angereisten UMAs, die nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, und solchen, die innerhalb von Familienverbänden geflohen sind und oft einen Onkel als Bezugsperson aufweisen.

Herr Schrimpf differenziert zwischen einem polizeilichen erkennungsdienstlichen Verfahren und der in Zusammenhang mit den Flüchtlingen angewandten behördlichen erkennungsdienstlichen Behandlung. Es gebe nach wie vor eine Vielzahl von noch nicht erkennungsdienstlich erfassten UMAs. Das Thema Traumatisierung sei seiner Erfahrung nach oft im „Beipackzettel von Schleppern“.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

5 0216/2016

. **Jugendberufshilfe - Projekt "Wege in die Ausbildung (WegA)" - Sachstandsbericht**

Frau Theobold stellt die Aufgabenbereiche und die statistischen Zahlen mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Auf Nachfrage von KRin Pfluger beschreibt sie die Strukturen und die Angebote nach dem Wechsel der Trägerschaft an die DiPers GmbH.

Frau Daasch interessiert sich für die Herkunftsschulen der Betroffenen.

Frau Theobold informiert über das Instrument der Übergabegespräche. Die Jugendlichen kämen sowohl aus dem Förderschulbereich als auch aus der regulären Beschulung (allgemein schwächere Schüler).

Frau Theobold und KRin Müller tauschen sich über den Zugang zu Drogen aus.

Herr Schrimpf verweist in diesem Zusammenhang auf die gesamtgesellschaftliche Problemlage. Die Polizei habe zur Bekämpfung spezielle Schwerpunkte gesetzt.

Herr Sautter nimmt Bezug auf die ausgeteilte Tischvorlage (Anlage 3 zur Vorlage 0216/2016) und sorgt sich um die Sicherung der Finanzierung.

Auch Herr Kohler empfiehlt, die fehlenden Landesmittel durch Kreismittel zu kompensieren, um die überaus wichtige Arbeit der Jugendberufshilfe nicht zu gefährden.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

6 0218/2016

. **Zukunftsplan Jugendarbeit im Landkreis Ravensburg - Sachstandsbericht**

Herr Sautter freut sich über den mittlerweile laufenden Prozess und ist gespannt auf das Ergebnis.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## 7 **Mitteilungen und Anfragen**

Geplante Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) ab 01.01.2017 - Auswirkungen auf den Landkreis Ravensburg

Herr Gutemann fasst die geplanten Änderungen zusammen.

*Anmerkung der Schriftführung:*

*Die Mitteilungsvorlage wurde nachträglich in session eingestellt (Anlage 2 zu TOP 7).*

KRin Pfluger hält diese Informationen für sehr wichtig, nicht nur zur Beurteilung der Arbeit des Jugendamtes, sondern auch im Hinblick auf die weiteren Auswirkungen, z.B. mögliche Entlastungen beim Jobcenter.

Herr Gutemann und Herr Wagershauser beantworten die Fragen der KRinnen Pfluger und G. Müller nach dem Verfahren der Antragstellung und nach rückwirkender Leistungsgewährung (gesetzlich nicht vorgesehen).

Die stv. Vorsitzende erwartet erhebliche Auswirkungen durch die geplante Gesetzänderung.

KRin Pfluger plädiert für die Beibehaltung einer guten personellen Ausstattung, auch und vor allem, um die hohe Rückgriffsquote zu halten.

Die stv. Vorsitzende bestätigt dieses Ziel. Schlussendlich sei die Umsetzung jedoch von den personellen Ressourcen abhängig.

0217/2016

Vereinbarung mit freien Trägern und Vereinen bzgl. Beschäftigung von ehren- und nebenamtlich tätigen Personen nach § 72a Abs. 4 SGB VIII

Herr Gutemann berichtet über den aktuellen Stand der Umsetzung.



KR Steiner legt Wert auf gleichartige Strukturen und bittet um eine dementsprechende Kommunikation.

Herr Gutemann bestätigt, dass einzelne Themen noch abzugleichen seien. Das Ziel sei, schriftliche und einheitliche Empfehlungen zu formulieren. Zum einen solle damit Sicherheit geschaffen werden, zum anderen gebe der Hinweis auf die Sicherstellung des Kinderschutzes den Vereinen ein Qualitätsmerkmal.

KR Forderer mahnt zu einem behutsamen Vorgehen.

Herr Sautter zeigt große Skepsis hinsichtlich eines einheitlichen Musters. Dazu gebe es auf örtlicher Ebene zu viele Unsicherheiten. Insofern müssten die Empfehlungen immer auch an die örtlichen Verhältnisse angepasst werden.

Herr Schrimpf erklärt den Unterschied zwischen einem polizeilichen und einem erweiterten Führungszeugnis. Er hält eine Schulung der Vereinsvorsitzenden für sehr wichtig.

Die stv. Vorsitzende kündigt an, geeignete Flyer und Broschüren zu erstellen und breit zu verteilen.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**Jugendhilfeausschuss am 08.12.2016:**

**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Angelegenheiten des Jugendamtes**

8. 0138/2016

**Haushalt Jugendamt 2017**

**Beschlussentwurf:**

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Haushaltsplanung der Verwaltung zu und empfiehlt dem Kreistag, die vorgeschlagenen Planansätze in den Gesamthaushalt 2017 einzustellen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig empfohlen

Z. B.

Vorsitzender

Eva-Maria Meschenmoser

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Roland Schmidinger

Josef Forderer